

# Müssen vom Export abkehren

Fraktionssprecher Andreas Lackner, Grüne Bäuerinnen und Bauern: Treten für Stärkung der kleinen und mittleren Betriebe ein

## Sie sind neu im Bauernparlament.

### Wie werden Sie Ihre Arbeit anlegen?

Mir geht es um eine Demokratisierung der Kammer und um eine Stärkung der Minderheitenrechte. Konkret sollten die bei der Wahl angetretenen Kandidaten in den Ausschüssen mitarbeiten können. Wir Grüne mit unseren zwei Mandaten müssen in 14 Ausschüssen tätig sein, was schwierig ist. Um die Wahlbeteiligung zu heben, ist die Briefwahl portofrei zu halten und die Wählerverzeichnisse müssen allen wahlwerbenden Gruppen zur Verfügung stehen.

### Welche inhaltlichen Schwerpunkte werden Sie setzen?

Wir treten für die Stärkung der bäuerlichen Landwirtschaft, insbesondere der kleinen und mittleren Betriebe ein. So brauchen wir eine ge-

rechtere Gestaltung der Sozialversicherungsbeiträge, weil diese vor allem kleinere Betriebe belasten. Wir treten für eine Systemänderung ein: Mittel- bis langfristig müssen wir von den Exporten abkehren und die Eigenversorgung im Land sichern. Export bedeutet Knechtschaft, bei der die Bauern auf der Strecke bleiben, weil zuviel Fremdkapital bei zu hohem Risiko in die Hand genommen werden muss. Weiters treten wir für eine doppelte Förderung der ersten 20 Hektar sowie für Förderobergrenzen von 60.000 Euro ein, wobei wir auch mit 100.000 Euro leben können.

### Sie treten auch für eine Stärkung der Direktvermarktung ein...

... die Direktvermarktung gehört stark unterstützt. Insbesondere durch Bürokratieabbau, verstärkte

Werbung und durch eine bessere Investitionsförderung.

### Was macht Sie so sicher, die Gastronomie in die verpflichtende Herkunftskennzeichnung einzubeziehen?

Eine verpflichtende Herkunftskennzeichnung in der Gastronomie ist jetzt ein wichtiges Zeichen Österreichs in Brüssel, wo mit dem Green Deal und der Farm to Fork-Strategie Ähnliches überlegt wird. Als Grüne werden wir mit unseren Abgeordneten in Brüssel und in Wien und in der Beratung des zuständigen Ministers Wolfgang Mückstein diesen Weg nachhaltig forcieren.

### Wie werden Sie der Klimakrise begegnen?

Sie trifft die Landwirtschaft sehr stark. Aber: Die Land- und Forst-



Andreas Lackner (o. und l.) Fraktionssprecher der Grünen mit Heribert Purkarthofer

wirtschaft hat ein großes Potenzial – wie beispielsweise die CO<sub>2</sub>-Speicherung im Boden –, um den Klimawandel zu bremsen. Humusaufbau ist mir ein zentrales Anliegen, wodurch die Bäuerinnen und Bauern aber auch finanzielle Vorteile lukrieren sollten.

### Ein Anliegen ist Ihnen auch die Biodiversität.

Es gibt keinen Grund, sich davor zu fürchten und man sollte sich finanziell nicht schrecken. Wir brauchen Biodiversität mit entsprechenden Rahmenbedingungen, wie eine Bindung an das Fördersystem.

# Uns ist eine CO<sub>2</sub>-Prämie sehr wichtig

UBV-Fraktionssprecher Hans Ilsinger verlangt eine lückenlose Herkunftskennzeichnung und Wertschöpfung für die Betriebe

## Der UBV ist mit vier Mandatarn ins Bauernparlament eingezogen. Welche Ziele verfolgen Sie?

Wir wollen eine grundsätzliche Änderung der Agrarpolitik, um die bäuerlichen Betriebe aufrecht zu erhalten. In der gemeinsamen EU-Agrarpolitik sind die Spielregeln so zu schaffen, dass die Betriebe wieder Einkommen erwirtschaften können. Der Grüne Bericht zeigt ja, dass das bestehende System nicht funktioniert.

### Welche Eckpunkte sind dem UBV ein besonderes Anliegen?

Wir brauchen einfach auf dem Markt neue Spielregeln, um wieder Wertschöpfung auf die Höfe zu bringen. Das Um und Auf ist auch eine lückenlose Herkunftskennzeichnung, die ja bedauerlicherweise von Wirtschaft und Industrie

boykottiert wird. Besonders wichtig ist uns eine CO<sub>2</sub>-Prämie. Denn wir Bauern tragen maßgeblich zum Umweltschutz bei, indem wir CO<sub>2</sub> speichern und Sauerstoff produzieren. Längst handeln Wirtschaft und Industrie mit CO<sub>2</sub>-Zertifikaten. Jedenfalls steht uns für unsere Leistungen eine gerechte CO<sub>2</sub>-Prämie zu. Wenn wir schon über die Produkte ein viel zu geringes Einkommen erwirtschaften, dann müssen wir Einkommen über die CO<sub>2</sub>-Prämie generieren. Ganz oben in der Prioritätenliste steht auch die Neubewertung der Einheitswerte.

### Welche Vorhaben wollen Sie zu allererst angehen?

Der Grüne Bericht sollte für die Agrarpolitik eine Entscheidungshilfe sein. Er ist aber fehlerhaft und stellt unsere wirtschaftliche Situation

besser dar als sie tatsächlich ist. Gegen diese Schönungen wehren wir uns und wir verlangen Reaktionen der Entscheidungsträger.

Weiters muss die Haftungsfrage bezogen auf die Freizeitnutzung neu geregelt werden. Die Freizeitpolizei des Landes ist nicht die Lösung. Sie schützt uns Bauern nicht zu hundert Prozent, wenn Unfälle oder Verletzungen passieren. Wir wollen das deutsche Modell in Österreich umgesetzt wissen. In unserem Nachbarland ist es so, dass jeder, der sich in der Natur aufhält, auch zu hundert Prozent selbstverantwortlich ist. Wir Bauern wollen von einer Haftung gänzlich ausgenommen werden.

### Bis wann wollen Sie diese Vorhaben umsetzen?

Möglichst bald. Wir versuchen die



Johann Ilsinger (o.) ist UBV-Fraktionssprecher. Im Bild links mit Hans Herbst (r.)

Gesetzgeber zu informieren, damit sie die Gesetze so machen, dass sie für die Bauern passen. Wir wollen nicht ständig Angst vor gerichtlichen Entscheidungen haben. **Verfolgen Sie Ihren im Vorjahr auf den Tisch gelegten Vorschlag für eine neue EU-Agrarpolitik weiter?**

Wir werden unsere Vorschläge natürlich weiterverfolgen, eine Evaluation machen und sie in einigen Bereichen anpassen. Denn das herkömmliche Zwei-Säulen-Modell der Agrarpolitik hat dazu geführt, dass zu viele Betriebe zusperrten mussten. Es gehört geändert.

# Treten für sofortige Öffnung ein

FPÖ-Fraktionssprecher Albert Royer: Werden uns nicht zu allen, aber massiv zu einzelnen Themen einbringen.

## Die FPÖ-Bauern sind mit zwei Landeskammerräten in der Vollversammlung vertreten. Welche Ziele wollen Sie erreichen?

ALBERT ROYER: Wir werden eine starke Kontrollfunktion ausüben und insbesondere auch die Anliegen der Nebenerwerbsbauern vertreten. Durch die Verkleinerung der Fraktion werden wir uns zu einzelnen Themen massiv einbringen, uns aber nicht zu jedem Thema äußern. Und wir werden zu wichtigen Themen einen Schulterschluss mit anderen Fraktionen suchen.

### Welche inhaltlichen Schwerpunkte werden Sie setzen?

Wir treten für eine Mutterkuhprämie, für eine Prämie für Vollmilchmast-Kälber nach Tiroler Vorbild sowie für mehr Hausverstand bei den Auflagen ein. Da wird in den

nächsten Jahren mit der Gülleverschlauchung oder der Tierwohl-Thematik noch viel auf die Bauern zukommen. Besonders wichtig ist uns auch der Schutz der Bienenrasse Carnica. Mit der neuen Gesetzesvorlage soll ein illegaler Zustand legalisiert werden. Wir werden massiven Druck machen und im Landtag gegen das Gesetz stimmen. Bedeutsam ist für uns freiheitliche Bauern auch ein gutes Miteinander von Tourismus und Landwirtschaft.

### Stichwort Mutterkuhprämie. Qplus-Rind kommt ja anstatt der seinerzeitigen Mutterkuhprämie.

Qplus-Rind ist kein vollwertiger Ersatz zur Mutterkuhprämie. Wir wollen eine direkte Mutterkuhprämie und keinen Umweg, der noch dazu niedriger dotiert ist.

### Werden Sie gegen Qplus noch etwas unternehmen?

Möglicherweise schon, aber im Prinzip ist die Sache gelaufen und Teil der Realpolitik. Das heißt nicht, dass wir zufrieden sind, wir nehmen es lediglich zur Kenntnis. Unsere Prioritäten liegen dort, wo wir noch etwas verändern können. Und das ist fürs erste eindeutig die Öffnung von Urlaub am Bauernhof und der Schutz der Bienenrasse Carnica.

### Massiven Widerstand üben Sie gegen den Lockdown. Ihre Hauptkritikpunkte?

Höchste Priorität hat für uns eine sofortige Öffnung der Gastronomie, Hotellerie und von „Urlaub am Bauernhof“. Grundsätzlich gehen alle Öffnungsschritte zu langsam. Seit 3. November haben wir



FPÖ-Fraktionssprecher Albert Royer (o. und l.) mit Wilfried Etschmeyer

quasi ein Berufs- sowie Beherbergungsverbot. Die Öffnung mit 19. Mai kommt für uns jedenfalls zu spät und die Auflagen sind wirklich viel zu hoch. Es ist unverständlich, warum ein kontaktloses Urlauben in Ferienhäusern und Appartements nicht

ab sofort möglich sein soll. Die scharfen Maßnahmen bringen in diesem Zusammenhang wirklich nichts. Die Vermieter brauchen ein Einkommen, der Verlustersatz von 15 bis 30 Prozent ist zu niedrig im Vergleich zum tatsächlichen Verlust der Einnahmen.